

Busek: Religion für Politik und Gesellschaft unverzichtbar

Die unverzichtbare Rolle der Religion in Politik und Gesellschaft hat Ex-Vizekanzler Erhard Busek bei den "Salzburger Hochschulwochen" unterstrichen. "Wenn Politik bedeutet, für das Zusammenleben von Menschen verantwortlich zu sein, um es hoffentlich friedlich zu gestalten, dann ist die Funktion der Religion eine Selbstverständlichkeit", so Busek.

In der Frage, was die Religion von der Politik wolle, scheine "die Sicherheit in der Antwort der Kirche" in den vergangenen Jahren verloren gegangen zu sein, bedauerte Busek. Dabei wäre die Religion angesichts der Bruchlinien in Europa für die Politik enorm wichtig, insbesondere wegen der Konflikte, die "durch unterschiedliche Auffassung von Religion entstanden sind und entstehen".

Die heutige Multikonfessionalität durch Migration und Globalisierung sei mit den multireligiösen Vielvölkerstaaten wie dem Russischen Reich, der Donaumonarchie oder dem Osmanischen Reich nicht mehr vergleichbar. Damals habe der Kaiser, der Zar oder der Sultan als Schirmherr aller Religionen und Minoritäten gegolten, "so sehr er sich auch zu seiner eigenen Religion bekannte". In den nationalpolitischen Konflikten heute werde "Religion zum erstrangigen Kriterium für nationale Zugehörigkeit". Das führe dazu, dass "nationalpolitische Konflikte zu Religionskriegen werden".

Busek wies in seinem Vortrag auf das Paradoxon hin, dass "der Ausländerfeindlichkeit eine Wirtschaftsstruktur gegenüber steht, die ohne Ausländer nicht lebensfähig wäre". Es wäre notwendig, nach Formen zu suchen, "wie das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen" gestaltet werden kann. Als "erste Säule der Toleranz" nannte Busek die Demokratie. Die zweite Säule sei ein Bildungssystem, das den "freien und verantwortlichen Bürger heranwachsen" lässt. Die dritte Säule seien die Religionen, "die den Menschen an die Würde, den Geist und an ihr Gewissen erinnern, und damit an die ethische Verantwortung gesellschaftlichen Handelns".

Ein friedliches Zusammenleben in der multikonfessionellen Landschaft Europas sei auch davon abhängig, "ob die Christen wirklich Christen sein wollen". Die Ansicht, Religion sei "Privatsache" bezeichnete Busek als ein "unbedachtes Schlagwort, das nicht stimmt". Religion stehe im Zeichen von persönlicher Autonomie und Freiheit, "aber sie bleibt nicht privat". Denn wer "wirklich eine Glaubensüberzeugung hat, der sucht Menschen, die diese Überzeugung teilen". Jede gemeinsame Glaubensüberzeugung wolle "auch öffentlich werden". Und diese Öffentlichkeit liege auch im Interesse eines religiös neutralen Staates, "denn gefährlich sind immer Geheimreligionen und obskurantische Privat-Sakralien", so Busek

Salzburg, 4.8.04 (KAP)